

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Däubler-Gmelin, Dr. Schmude, Frau Odendahl, Frau Dr. Martiny-Glotz, Bachmaier, Frau Blunck, Catenhusen, Dr. Diederich (Berlin), Egert, Frau Fuchs (Köln), Frau Fuchs (Verl), Frau Dr. Hartenstein, Frau Huber, Immer (Altenkirchen), Dr. Kübler, Kuhlwein, Frau Dr. Lepsius, Frau Luuk, Frau Matthäus-Maier, Müller (Düsseldorf), Peter (Kassel), Frau Renger, Frau Schmedt (Lengerich), Frau Schmidt (Nürnberg), Frau Simonis, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Dr. Soell, Frau Steinhauer, Stiegler, Frau Terborg, Frau Dr. Timm, Frau Traupe, Frau Weyel, Frau Zutt und der Fraktion der SPD

Ausbildung von jungen Frauen in gewerblich-technischen Berufen

Zwei Drittel aller unversorgten Ausbildungsplatzbewerber sind junge Frauen. Das Ausbildungsplatzangebot – gerade auch für eine qualifizierte Berufsausbildung – ist stark eingeschränkt. Junge Frauen haben trotz guter Schulbildung eine wesentlich geringere Chance, eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten als junge Männer.

Laut Berufsbildungsbericht werden 25 v. H. aller Ausbildungsplätze Männern und Frauen, 50 v. H. jedoch nur Männern und 25 v. H. nur Frauen angeboten. 85 v. H. aller Mädchen, die eine Berufsausbildung machen, befinden sich in nur 20 von insgesamt 400 Ausbildungsberufen.

Immer noch ist die mangelnde berufliche Qualifikation mit ein Grund für die überproportional hohe Frauenerwerbslosigkeit (Arbeitslosenquote 10,0 v. H., Männer 8,5 v. H.; April 1984). Ein weiterer Grund ist die Konzentration der „Frauenberufe“ auf wenige Wirtschaftsbereiche. Außerdem gefährden und vernichten die „neuen Technologien“ vor allem in den kaufmännischen und den Verwaltungsberufen weitere Arbeitsplätze. Schließlich werden aus einer Fülle von Gründen immer noch Männer bevorzugt eingestellt. Die neugeschaffenen Ersatzarbeitsplätze erfordern Qualifikationsprofile, die weit über dem Qualifikations- und Ausbildungsniveau liegen, das Frauen traditionell innehaben. Diese negativen Entwicklungen im Ausbildungs- und Erwerbsbereich benachteiligen Mädchen und Frauen während ihres gesamten Erwerbslebens. So bedarf es besonderer Bemühungen, junge Frauen zu einer Berufswahl auch im gewerblich-technischen Bereich zu motivieren. Gefordert sind gerade jetzt Maßnahmen zur besonderen Förderung von Mädchen (Sechster Jugendbericht, Berufsbildungsbericht).

Zukunftssichere Berufsausbildungs- und Arbeitsplätze in gewerblich-technischen Bereichen müssen verstärkt jetzt geschaffen und angeboten werden. Die Modellversuche „Erschließung gewerblich-technischer Ausbildungsberufe für Mädchen“ haben gezeigt, daß diese Angebote von jungen Frauen und von der Wirtschaft angenommen werden, soweit sie konkret damit konfrontiert werden.

Sie haben auch deutlich gemacht, daß sich die jungen Frauen in der Ausbildung z. B. zur Nachrichtenmechanikerin, Informations-elektronikerin, Energieanlagenelektronikerin bewährt haben und daß die zunächst vorhandenen technischen Defizite aufgeholt werden können. Eine Unterstützung der jungen Frauen und die Öffnung gerade der technischen Berufsfelder mit qualifizierter Ausbildung ist entscheidend für eine Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten und damit einer Verbesserung der Zukunftschancen von Frauen. Die bisher erzielten Anstöße sind ohne weitere staatliche Förderungen nicht ausreichend. Weitere Modellmaßnahmen sind unabdingbar erforderlich.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der ausgelaufenen Modellversuche „Erschließung gewerblich-technischer Ausbildungsberufe für Mädchen“ im Hinblick auf Eingliederungserfolge, Qualifizierungserfolge und Nachfolgeeffekte, und welche Schlußfolgerungen zieht sie aus ihrer Beurteilung? Gibt es Überlegungen, private Unternehmen, die Frauen in gewerblich-technischen Berufen ausbilden, weiter speziell zu fördern?
2. Trifft es zu, daß die Bundesregierung keine neuen Förderungsprogramme auflegt bzw. die alten nicht verlängert? Wenn nein, welche Folgemodelle sind vorgesehen?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschäftigungschancen der Nachrichtenmechanikerin, Informationselektronikerin, Energieanlagenelektronikerin etc.? im Verhältnis zu denen der Bäckerin, Malerin/Lackiererin, Werkzeugmacherin etc.? Wie beurteilt sie die Tendenz, daß der Anteil der Frauen gerade in den gewerblich-technischen Berufen steigt, deren Zukunftschancen negativ beurteilt werden?
4. Wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß die mädchendiskriminierenden Einstellungstests bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost nicht mehr durchgeführt werden?
5. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Ergebnisse der Modellversuche in Maßnahmen der Umschulungs- und Anpassungsfortbildung von Frauen auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes umzusetzen?
6. Wie viele Frauen wurden nach dem Auslaufen der Modellversuche bei der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn ausbildungsgerecht in ein längerfristiges Vollzeit-

beschäftigungsverhältnis übernommen? Wie viele Frauen haben das Übernahmeangebot von sich aus abgelehnt und mit welcher Begründung?

7. Wie viele Frauen werden bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost im gewerblich-technischen Bereich – ohne Unterstützung von Modellversuchen – zur Zeit ausgebildet? Wie hat sich die Einstellungsquote für weibliche Nachwuchskräfte im gewerblich-technischen Bereich der öffentlichen Unternehmen absolut und prozentual seit 1970 entwickelt? Wie lauten die Vergleichszahlen der Männer?
8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das vorhandene Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot Frauen in Zukunft ein immer geringeres Spektrum an Beschäftigungsmöglichkeiten bietet? Wenn ja, welche konkreten Schritte leitet die Bundesregierung ein, das Spektrum an Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen zu erweitern?
9. Beabsichtigt die Bundesregierung, verstärkt Modellversuche für Frauen in zukunftsträchtigen Berufen, insbesondere auch im Bereich der neuen Technologien/Mikroelektronik im Rahmen der Aus-, Weiter- und Fortbildung durchzuführen?
10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß gerade den öffentlichen Unternehmen zur Zeit eine besondere Verpflichtung obliegt, in zukunftssicheren, gewerblich-technischen Berufen Ausbildungsstellen für junge Frauen bereitzustellen? Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Einstellungsquote von Frauen in diesen Bereichen zu erhöhen? Unterstützt die Bundesregierung die Forderung nach einer Quotierung der Ausbildungsplätze (z.B. entsprechend dem Anteil der Frauen an den Bewerbern)?

Bonn, den 4. September 1984

Frau Dr. Däubler-Gmelin	Frau Luuk
Dr. Schmude	Frau Matthäus-Maier
Frau Odendahl	Müller (Düsseldorf)
Frau Dr. Martiny-Glotz	Peter (Kassel)
Bachmaier	Frau Renger
Frau Blunck	Frau Schmedt (Lengerich)
Catenhusen	Frau Schmidt (Nürnberg)
Dr. Diederich (Berlin)	Frau Simonis
Egert	Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Frau Fuchs (Köln)	Dr. Soell
Frau Fuchs (Verl)	Frau Steinhauer
Frau Dr. Hartenstein	Stiegler
Frau Huber	Frau Terborg
Immer (Altenkirchen)	Frau Dr. Timm
Dr. Kübler	Frau Traupe
Kuhlwein	Frau Weyel
Frau Dr. Lepsius	Frau Zutt
	Dr. Vogel und Fraktion

